

Kapitel

Initiator*innen: Mitgliederversammlung (dort beschlossen am: 06.06.2026)

Titel: **Demokratie stärken, Vielfalt leben –
Braunschweig weltoffen**

Text

1 Unsere Demokratie ist das lebendige Versprechen, dass wir gemeinsam über unsere
2 Zukunft entscheiden. Doch dieses Versprechen steht unter Druck. Wir spüren, wie
3 verschiedene Akteure versuchen, das Vertrauen in unser Miteinander zu
4 untergraben. Wir Grüne sehen uns als Teil einer starken und resilienten und
5 vielfältigen Stadtgesellschaft, die Haltung zeigt und ein Zuhause für Menschen
6 aus über 170 Nationen bildet. Diese Vielfalt prägt unsere Identität und gehört
7 für uns untrennbar zu unserer lebendigen Demokratie. Daher setzen wir uns für
8 vielfältiges Braunschweig ein, in dem alle ohne Angst verschieden sein können.
9 Integration ist daher keine bloße Verwaltungsaufgabe, sondern Grundlage für ein
10 solidarisches Zusammenleben.

11 **1. Haltung zeigen: Für eine wehrhafte Demokratie und Resilienz**

12 Eine wehrhafte Demokratie braucht keine bloße Verwaltung, sondern eine aktive
13 Förderung der Zivilgesellschaft und eine klare Kante gegen jede Form von
14 Verfassungsfeindlichkeit. Wir wollen ein Braunschweig, das Haltung zeigt und dem
15 Rechtsruck entschlossen die Stirn bietet.

- 16 • **Demokratiebildung von Anfang an:** Wir wollen Demokratie als Form der
17 Selbstwirksamkeit erfahrbar machen. Wir setzen uns bereits in der
18 frühkindlichen Bildung für Projekte ein, die vermitteln, wie Partizipation
19 funktioniert und wie man die eigene Umgebung mitgestalten kann – etwa
20 durch kindgerechte, planspielähnliche Beteiligungsformate in Kitas und
21 anderen Bildungseinrichtungen. So lernen Kinder früh, dass ihre Stimme

22 zählt und sie die Welt um sich herum beeinflussen können.

- 23 • **Prävention gegen Rechtsextremismus:** Wir setzen auf eine starke Brandmauer
24 gegen Rechts. Deshalb unterstützen wir konsequent den durch uns
25 miteingebrachten Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und fordern dessen
26 zügige Umsetzung.

- 27 • **Demokratiearbeit dauerhaft sichern:** Wir setzen uns dafür ein, dass das
28 Programm „Demokratie leben!“ weiterhin durch den Bund finanziert und die
29 Finanzierung der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus durch das Land
30 gesichert wird. Diese Strukturen sind unverzichtbar, um antidemokratischen
31 Tendenzen dort zu begegnen, wo sie entstehen, und die Zivilgesellschaft
32 vor Ort zu stärken.

- 33 • **Keine Zusammenarbeit mit Verfassungsfeind*innen und Antidemokrat*innen:**
34 Für uns gibt es keine Normalisierung von Antidemokrat*innen. Wir lehnen
35 jegliche Kooperation mit rechtsextremen oder anderen antidemokratischen
36 Parteien im Rat strikt ab. Zudem stellen wir sicher, dass Vereine, die
37 solches Gedankengut verbreiten, keine städtische Förderung erhalten.
38 Steuergelder dürfen niemals zur Untergrabung unserer demokratischen Werte
39 verwendet werden.

- 40 • **Antidiskriminierung und religiöse Vielfalt:** Wir stehen für ein
41 Braunschweig, in dem jeder Mensch ohne Angst verschieden sein kann. Wir
42 fordern den Ausbau einer möglichst unabhängigen Antidiskriminierungsstelle
43 sowie Schulungen für die Verwaltung zum rassismuskritischen Arbeiten. Wir
44 setzen uns für den interreligiösen Dialog ein und stellen uns jeder Form
45 von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus entschlossen entgegen.

- 46 • **Dialog mit Polizei und Stadtgesellschaft stärken:** Wir wollen den Austausch
47 zwischen Polizei, Verwaltung, zivilgesellschaftlichen Initiativen und
48 besonders von Diskriminierung betroffenen Gruppen verbessern. Regelmäßige
49 Gesprächsformate, feste Ansprechpersonen und gemeinsame Präventionsarbeit
50 - wie zum Beispiel die Veranstaltungsreihe "Queere Sicherheit" - können
51 helfen, Vertrauen aufzubauen, Vorurteile abzubauen und Konflikte
52 frühzeitig zu erkennen.

- 53 • **Solidarität mit zivilgesellschaftlichem Engagement:** Wir solidarisieren uns
54 mit gewaltfreien Strukturen wie den „Omas gegen Rechts“ oder dem „Nexus“.
55 Wir wehren uns entschieden gegen deren Kriminalisierung unter dem Vorwand
56 eines falsch verstandenen Neutralitätsgebots. Wer sich für Demokratie und
57 gegen Faschismus einsetzt, verdient den Schutz und die Unterstützung der
58 Stadt.

- 59 • **Lebendige Erinnerungskultur:** Wir fordern den Erhalt und Ausbau städtischer
60 Gedenkstätten. Eine aktive Aufarbeitung der Faschismusverbrechen und die
61 Würdigung des Widerstands sind für uns die notwendige Basis, um die
62 demokratische Resilienz unserer Stadtgesellschaft für die Zukunft zu
63 festigen.

64 2. Braunschweig als Stadt des Willkommens

65 Braunschweig ist eine Stadt, in der heute fast jede*r dritte Einwohner*in eine
66 Migrationsgeschichte hat – bei den Kindern und Jugendlichen ist es die Hälfte.
67 Wir begreifen diese Vielfalt als unsere Stärke. Ganze Branchen und die Identität
68 unserer Region wurden und werden maßgeblich durch Einwanderung geprägt – von der
69 Geschichte der "Gastarbeiter*innen" in der produzierenden Industrie bis hin zu
70 den Fachkräften von heute. Als „Sicherer Hafen“ bekennen wir uns zudem
71 ausdrücklich zu unserer humanitären Verantwortung für Menschen auf der Flucht.
72 Dabei ist eine erfolgreiche Integration für uns keine bloße Verwaltungsaufgabe,
73 sondern eine wesentliche Säule für den Wohlstand und den sozialen Zusammenhalt.

- 74 • **Vom Integrations- zum Inklusionsplan:** Wir wollen den veralteten
75 Integrationsplan unter direkter Mitwirkung von Einwohner*innen mit
76 (familiärer) Migrationsgeschichte zu einem echten Inklusionsplan
77 weiterentwickeln. Dabei stärken wir die politische Teilhabe konsequent und
78 entwickeln den Ausschuss für Vielfalt und Integration in eine neue Form
79 mit echter Gestaltungskraft weiter. Unser Ziel ist es sicherzustellen,
80 dass Betroffene zu echten Akteur*innen der Stadtpolitik werden.

- 81 • **Gelebte Partizipation und Selbstverwaltung:** Gelungene Integration geht für
82 uns untrennbar mit Teilhabe einher. Wir setzen uns daher für die
83 Wiederbelebung des Hauses der Kulturen / Hauses der Vielfalt als Herzstück
84 des interkulturellen Lebens ein. Auch unter der temporären Trägerschaft
85 der VHS muss sichergestellt bleiben, dass dieser Ort ein Raum der echten
86 Beteiligung ist, den migrantische Verbände maßgeblich prägen.

87 Mittelfristig wollen wir das Haus wieder in die migrantische
88 Selbstorganisation überführen.

- 89 • **Fortbildung als Schlüssel:** Sprache ist die Grundvoraussetzung für
90 Selbstbestimmung und gesellschaftliches Ankommen. Wir setzen uns für den
91 uneingeschränkten Zugang zu Sprachkursen ab dem ersten Tag in Braunschweig
92 ein.

- 93 • **Haltung statt Stigmatisierung:** Unser Bekenntnis zum „Sicheren Hafen“ ist
94 gelebte Praxis. Wir stehen fest zur bestehenden Schiffspatenschaft und
95 wehren uns entschieden dagegen, Politik auf dem Rücken von Geflüchteten zu
96 machen. Wir lehnen diskriminierende Instrumente auf kommunaler Ebene, wie
97 die Einführung der Bezahlkarte oder Arbeitspflichten für Geflüchtete,
98 strikt ab. Wir setzen auf Unterstützung statt auf Stigmatisierung.

- 99 • **Gewaltschutz für Geflüchtete:** Die Würde des Menschen ist unantastbar. Wir
100 fordern ein verbindliches Gewaltschutzkonzept für alle kommunalen
101 Unterkünfte, um vulnerable und insbesondere mehrfach marginalisierte
102 Gruppen zu schützen.

- 103 • **Internationale Solidarität und vielfältige Stadtgesellschaft:** Wir stehen
104 zu unserer Verantwortung in einer vernetzten Welt. Unsere Solidarität gilt
105 allen Menschen, die vor Krieg, Verfolgung und Klimafolgen fliehen. Wir
106 setzen die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Vereinen wie Poldeh, der
107 Freien Ukraine und vielen weiteren Organisationen fort, die wertvolle
108 Brücken in ihre Herkunftsregionen schlagen. Da sie unverzichtbare
109 Beratungs- und Unterstützungsleistungen erbringen, wollen wir diese Arbeit
110 finanziell langfristig absichern. Gleichzeitig stärken wir wichtige lokale
111 Strukturen wie Refugium, frauenBUNT und interkulturelle Gärten, die das
112 Fundament für ein solidarisches Miteinander in Braunschweig bilden.

113 3. Queeres Leben stärken – sichtbar, sicher, solidarisch

114 Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität
115 sind ein selbstverständlicher Teil unserer Stadtgesellschaft. Eine vielfältige
116 und gerechte Entwicklung in Braunschweig erfordert den konsequenten Schutz vor

117 Gewalt sowie vor Diskriminierung – in vielfachen und sich überschneidenden
118 Formen. Wir setzen uns zudem für die strukturelle Förderung von Sichtbarkeit und
119 Akzeptanz sowie die aktive Unterstützung queerer Beratungs-, Kultur- und
120 Communitystrukturen als festen Bestandteil kommunaler Vielfaltspolitik ein."

121 • **Sichere Finanzierung von Hilfe- und Unterstützungsstrukturen:** Unser Ziel
122 ist es, eine dauerhafte Finanzierung für die Trans Beratungsstelle
123 (tra*BS) und der weiteren queereren Beratungs- und Unterstützungsangebote
124 sicherzustellen. Dazu zählen neben dem VSE unter anderem die
125 Braunschweiger AIDS-Hilfe und die Koordinationsstelle LSBTIQ* der Stadt
126 Braunschweig.

127 • **Zusammenhalt sichtbar machen:** Wir setzen uns für das ganzjährige Hissen
128 der Regenbogenflagge am Rathaus ein und unterstützen den CSD in
129 Braunschweig. Bei der Benennung von Straßen und dem Aufstellen von
130 Denkmälern unterstützen wir die Berücksichtigung queerer Personen. Wir
131 befürworten, dass in Braunschweig Stolpersteine zur Erinnerung an die
132 Verfolgung queerer Menschen durch die Nationalsozialisten verlegt werden.

133 • **Queere Perspektiven mitdenken:** Queere Perspektiven müssen in kommunalen
134 Planungs- und Beteiligungsprozessen dauerhaft mitgedacht werden. Dafür
135 wollen wir bestehende Strukturen wie die LSBTIQ*-Stelle der Stadt
136 Braunschweig und die Beteiligung im Ausschuss für Vielfalt und Integration
137 sichern und stärken. Verwaltungsverfahren - wie beispielsweise die Auswahl
138 des Geschlechts bei Formularen -, städtische Veranstaltungen und
139 Öffentlichkeitsarbeit sollen diskriminierungssensibel und inklusiv
140 gestaltet werden. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt ihre
141 Zusammenarbeit mit bestehenden Ansprechstellen, Beratungsangeboten und
142 Bildungsträgern fortführt und queere Perspektiven dort sichtbar bleiben,
143 wo kommunales Handeln Menschen direkt betrifft.

144 4. **Inklusives Braunschweig - Barrierefreiheit als Standard**

145 Menschen mit Beeinträchtigung sind ein selbstverständlicher Teil unserer
146 Stadtgesellschaft – eine gerechte und vielfältige Entwicklung in Braunschweig
147 gelingt nur, wenn Inklusion konsequent als Querschnittsaufgabe verstanden wird
148 und Barrierefreiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung strukturell in allen
149 kommunalen Bereichen verankert sind. Unser Ziel ist ein Braunschweig, in dem
150 Vielfalt gelebt wird und niemand aufgrund körperlicher oder psychischer

151 Beeinträchtigungen ausgeschlossen wird.

- 152 • **Barrierefreiheit konsequent umsetzen:** Wir setzen uns für verbindliche
153 Standards bei Neu- und Umbauten, barrierefreie Haltestellen und Querungen,
154 taktile Leitsysteme, inklusive Spiel- und Sportflächen sowie digitale
155 Barrierefreiheit städtischer Angebote ein. Zudem müssen Toiletten für alle
156 Menschen zugänglich und kostenlos sein. Um die langfristige Instandhaltung
157 der Anlagen zu sichern und Vandalismus präventiv entgegenzuwirken, ist bei
158 der baulichen Umsetzung auf eine vandalismussichere Ausstattung sowie ein
159 verlässliches Reinigungs- und Wartungskonzept für alle Nutzer*innen zu
160 achten.

- 161 • **Teilhabe in Bildung, Arbeit und Kultur stärken:** Wir wollen inklusive
162 Bildungsangebote ausbauen, Übergänge in Ausbildung und Arbeitsmarkt
163 fördern sowie inklusive Kultur- und Freizeitangebote unterstützen. Bei
164 allen städtischen Veranstaltungen muss Barrierefreiheit konsequent in der
165 Planung angedacht werden. Ziel ist ein ganzheitliches Verständnis von
166 Inklusion, das weit über physische Zugänglichkeit hinausgeht und
167 sensorische, neurodivergente (z.B. die stille Stunde) sowie
168 soziokulturelle Bedürfnisse – wie Arbeitszeiten, Care-Arbeit oder
169 religiöse Bindungen – in die Planung integriert.

- 170 • **Selbstbestimmung und Mitwirkung sichern:** Wir haben uns zum Ziel gesetzt,
171 den Behindertenbeirat strukturell zu stärken, Beteiligungsverfahren und
172 Wahlen barrierefrei zu organisieren und Betroffene frühzeitig in
173 Planungsprozesse einzubeziehen.

- 174 • **Kommunalen Aktionsplan (KAP) konsequent umsetzen:** Wir setzen uns dafür
175 ein, dass Inklusion als dauerhafter Auftrag in der Stadtverwaltung
176 verankert bleibt und die Maßnahmen des KAP zügig und wirksam umgesetzt
177 werden, um bestehende Barrieren systematisch abzubauen

- 178 • **Barrierefreie Stadtentwicklung:** Bei jedem städtischen Bauvorhaben sowie
179 bei allen digitalen Angeboten der Stadt muss konsequent von Anfang an auf
180 eine barrierefreie bzw. barrierearme Gestaltung geachtet werden.